

Die Solidarische Einfachsteuer

- solidarisch – transparent – Geld für öffentliche Aufgaben

von Sven Giegold

Attac hat nun ein eigenes durchgerechnetes Steuerreformkonzept: Die Solidarische Einfachsteuer. Die Diskussion um eine grundlegende Reform der Einkommenssteuer tobt. Spätestens bei der nächsten Bundestagswahl wird dies ein Mega-Thema werden. Die deutsche Einkommensteuer ist durch unzählige Reformen und Ausnahmetatbestände kompliziert und ungerecht zugleich geworden. Deshalb haben einige Parteien und Wissenschaftler wie der CDU-Steuer- und Sozialabbauexperte Friedrich Merz, die FDP, der Sachverständigenrat zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof verschiedene Konzepte zur grundlegenden Reform der Einkommensteuer vorgelegt. Alle diese Konzepte haben eins gemeinsam: Die Gutverdienenden sollen massiv entlastet werden, u.a. finanziert durch Abschaffung steuerlicher Ausnahmetatbestände für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Kurzum: Die Diskussion um Steuervereinfachung wird missbraucht, um Umverteilung nach oben zu betreiben.

Dabei werden die grundlegenden Schief lagen unseres jetzigen Steuersystems übersehen: In den letzten dreißig Jahren ist die Steuerbelastung der Arbeitseinkommen immer weiter erhöht worden, während Gewinn- und Vermögenseinkünfte der KapitalbesitzerInnen und Unternehmen massiv entlastet wurden. 1970 machte Lohnsteuer noch 23,7% aller Steuern aus, 2003 waren es 35,6%. Die Gewinn- und Vermögenssteuern entwickelten sich dagegen von 27,0% in 1970 auf 14,0% in 2003. Das geschah natürlich alles vor dem Hintergrund des internationalen Steuerwettbewerbs und des Vordringens neoliberaler Ideologie in der Wirtschaftspolitik. Zur steuerlichen Umverteilung zwischen Arbeits- und Gewinnsteuern kommt noch, dass die Arbeitseinkünfte auch noch durch die Sozialversicherungsabgaben und die Verbrauchsbesteuerung belastet werden. Beide betreffen SpitzenverdienerInnen praktisch gar nicht und auch Kapitaleinkünfte kaum. Unser Steuersystem hat also schon ein großes Gerechtigkeitsdefizit. Das spüren natürlich auch die SteuerzahlerInnen. Genau dieser Unmut über die Belastung mit Steuern und Abgaben verbunden mit dem massiven Gerechtigkeitsdefizit machen sich nun die neoliberalen Steuerreformer zu nutze: Sie wollen die öffentliche Hand generell zurückdrängen. Daher fordern sie meist auch fortzusetzen, was Rot-Grün bereits begonnen hat: Immer weiter gehende Steuersenkungen. Der Anteil aller Steuern am Volkeinkommen sank von 23,1% in 2000 auf 20,7% in 2003. Das entspricht Mindereinnahmen von 47,9 Mrd. €! Damit einher geht natürlich der Abbau öffentlicher Einrichtungen und sozialer Leistungen. Die wirtschaftliberalen SteuerreformerInnen hoffen, dass die BürgerInnen das angesichts des Steuerverdruss schon schlucken werden.

Die Attac AG Steuerflucht und Steuerpolitik meint, das alles ist kein Schicksal und bat daher acht ÖkonomInnen mit der „Solidarischen Einfachsteuer“ (SES) ein eigenes Steuerreformkonzept auszuarbeiten. Mit diesem Konzept werden im Laufe der nächsten zwei Jahre in die steuerpolitische Diskussion eingreifen. Die Grundzüge dieses Konzeptes sind:

Steuersätze senken

Die Steuersätze in der Einkommensteuer werden deutlich gesenkt (s. Grafik). Allerdings soll der Spitzensteuersatz bei 45% verbleiben. Der Großteil der Rücknahme der Steuersätze entfällt dagegen auf die unteren Einkommensgruppen. Außerdem wird das steuerfrei bleibende Einkommen (Grundfreibetrag) von 7.664 € auf 8.000 € erhöht.

Schlupflöcher schließen

Finanziert werden diese Steuersatzsenkungen durch die Schließung von Steuerschlupflöchern und Abschaffung von Ausnahmetatbeständen. Diese Regelungen nützen in den allermeisten Fällen den BezieherInnen von Kapitaleinkommen, die sich so vor dem Fiskus arm rechnen können. Dazu gehören die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Seit über 20 Jahren gelingt es den Vermietern (v.a. Immobiliengesellschaften) in der Summe aller Vermietungen mehr Geld vom Staat zu erhalten als sie selbst dafür an Steuern entrichten. Das soll sich u.a. durch die Verschärfung der Abschreibungsregeln ändern. Auch bei den Zinseinkünften werden kräftig Steuern hinterzogen. Hier sieht die SES, wie in vielen anderen Ländern, die Einführung eines automatischen Informationsaustauschs zwischen Finanzdienstleistern und Finanzämtern vor. Damit werden private Kapitaleinkünfte endlich genauso effektiv erfasst, wie Lohneinkommen, bei denen der Informationsaustausch eine Selbstverständlichkeit ist. Für Kleinsparer bleibt der bestehende Freibetrag erhalten. Die bisher steuerfreien Gewinne aus Verkäufen von Wertpapieren (z.B. Aktienspekulation) sollen steuerpflichtig werden, wie andere Einkünfte auch. Die steuerliche Begünstigung von Minijobs, die zum Abbau unzähliger existenzsichernder Arbeitsplätze geführt hat, wird abgeschafft¹.

Steuervereinfachung

Durch die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen und Steuerschlupflöchern erreichen wir außerdem eine große Steuervereinfachung. Die Zahl der Einkunftsarten wird von sieben auf vier reduziert. Durch den automatischen Informationsaustausch zwischen Banken und Finanzämtern bekommen alle betroffenen SteuerzahlerInnen einen fertigen Entwurf für ihre Einkommensteuererklärung zugeschickt. Diesen Entwurf müssen sie im Idealfall nur noch unterschreiben oder ein wenig ergänzen.

Ehegattensplitting einschränken, Kinderbetreuung finanzieren, Eigenheimzulage abschaffen
Ein weiterer großer Strukturfehler in unserem Steuersystem ist das sogenannte Ehegattensplitting. Damit werden Ehepaare grundsätzlich steuerlich gemeinsam veranlagt. Die klassische Hausfrauen-Ehe steht damit steuerlich besser da. Wenn in Familien die Entscheidung ansteht, wer wie viel Arbeiten geht, ist es für die meist schlechter verdienende Ehefrau unattraktiv einen Job anzunehmen, weil damit ein guter Teil des Steuervorteils verloren geht. Schon lange fordert daher die Frauenbewegung ein Ende des Ehegattensplittings. Die SES sieht daher vor, dass das Ehegattensplitting abzuschaffen und durch einen zweiten Grundfreibetrag zu ersetzen, der dem oder der EhepartnerIn zusteht. Dadurch werden erhebliche Steuermittel eingenommen, die wir für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtung verwenden wollen. Das schafft Arbeitsplätze und fördert die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf.

Außerdem wird die Eigenheimzulage abgeschafft², da in den meisten Regionen kein Wohnungsmangel mehr herrscht und die Einfamilienhausbauten auf der grünen Wiese erhebliche ökologische Schäden verursachen. Die dadurch eingesparten Mittel sollen zum Teil zur Förderung des Wohnungsbaus in Ballungsräumen und zur Verbesserung der Wärmedämmung verwendet werden. Das kommt v.a. einkommensschwächeren Gruppen zu Gute.

Unternehmensgewinne angemessen besteuern

In den letzten Jahren ist durch die rot-grüne Unternehmensteuerreform die Besteuerung von Unternehmensgewinnen massiv eingebrochen. Die Körperschaftssteuereinnahmen sanken von 23,6 Mrd. € im Jahr 2000 auf 8,3 Mrd. € im Jahr 2003. Die solidarische Einfachsteuer sieht daher vor die steuerliche Erfassung von Unternehmensgewinnen wieder an das international

¹ Zynischerweise wird das von der Bundesregierung als großer beschäftigungspolitischer Erfolg gefeiert. Existenzsichernde Jobs wurden in Nebenjobs umgewandelt.

² Diese Position wird von IGmetall und ver.di nicht geteilt.

übliche Maß heranzuführen. Dazu werden zahlreiche Sondervorschriften aufgehoben und Abschreibungsregelungen verschärft. Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften werden wieder steuerpflichtig. Die Körperschaftsteuer wird um 5%-Punkte erhöht. Maßnahmen gegen die Steuerverlagerung ins Ausland verhindern, dass die höheren Unternehmensteuern einfach durch kreative Buchhaltung wieder vermieden werden. Die Zahl der Betriebsprüfungen wird deutlich erhöht, um die Einhaltung der steuerlichen Regeln auch wieder effektiv überprüfen zu können.

Auf kommunaler Ebene wird die Gewerbesteuer durch die Gemeindegewerbesteuer ersetzt, die alle unternehmerischen Aktivitäten mit ihrer gesamten Wertschöpfung in einer Kommune erfasst. Damit werden neben den Unternehmensgewinnen auch Zinsen, Mieten, Leasingraten und vor allem Freiberufler besteuert. So kann der Steuersatz sinken und die Einnahmen der Kommunen stabilisieren. Der Steuersatz auf Unternehmensgewinne von Kapitalgesellschaften bleibt damit zusammen mit der Erhöhung der Körperschaftsteuer konstant.

Vermögensteuer wieder erheben

Vermögen über 500.000 € werden mit einer Steuer von 1% belegt. Damit können zusätzliche Einnahmen von 16 Mrd. € erzielt werden.

Was kommt dabei raus?

Insgesamt ergeben sich in der Summe aller Maßnahmen Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer in Höhe von 12,1 Mrd. €. Die mittleren und unteren Einkommensgruppen werden entlastet. Hinzu kommen die 16 Mrd. € aus der Vermögensteuer.

Wer mehr über das Konzept wissen will, findet das detaillierte Konzept mit den finanziellen Auswirkungen unter:

www.attac.de/steuerflucht

P.S: Mit der Solidarischen Einfachsteuer wäre der Vorklau nicht möglich.